



Planbegutachtungen und Plangenehmigungen für Bau, Einrichtung und Umgestaltung von Betrieben aus Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistung

Die Anforderungen an die Gesundheitsvorsorge und die Unfallverhütung hinsichtlich Gebäude und Konstruktionen, technische Einrichtungen und Geräte sowie für Arbeitsplätze und Arbeitsorganisation sind im Arbeitsgesetz (ArG) sowie im Unfallversicherungsgesetz und der Verordnung über die Unfallverhütung (UVG, VUV) wie folgt umschrieben:

- Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer alle Massnahmen zu treffen, die nach der Erfahrung notwendig, nach dem Stand der Technik anwendbar und den Verhältnissen des Betriebes angemessen sind (ArG Art. 6).
- Wer einen industriellen Betrieb errichten oder umgestalten will, hat um die Genehmigung der geplanten Anlage bei der kantonalen Behörde nachzusuchen. Diese holt die Weisungen der SUVA ein. Entspricht die geplante Anlage den Vorschriften des Bundes und der Kantone, so genehmigt die kantonale Behörde die Pläne, nötigenfalls mit der Auflage, dass besondere Schutzmassnahmen getroffen werden.
Vor der Aufnahme der betrieblichen Tätigkeit muss der Arbeitgeber bei der kantonalen Behörde um die Betriebsbewilligung nachsuchen. Diese wird erteilt, wenn Bau und Einrichtung des Betriebes dem Entscheid über die Genehmigung der Pläne entsprechen (ArG Art. 7).
- Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten alle geeigneten Massnahmen zu treffen. Die Arbeitnehmer sind bei der Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten zur Mitwirkung heranzuziehen (UVG Art. 82).
- Der Arbeitgeber muss zur Wahrung der Arbeitssicherheit alle Anordnungen und Schutzmassnahmen treffen, die den Vorschriften dieser Verordnung und den für seinen Betrieb sonst geltenden Vorschriften über die Arbeitssicherheit sowie im übrigen den anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen. Er muss dafür sorgen, dass die Schutzmassnahmen und Schutzeinrichtungen in ihrer Wirksamkeit nicht beeinträchtigt und bei Änderungen von Bauten, Gebäudeteilen, technischen Einrichtungen und Geräten oder Arbeitsverfahren den neuen Verhältnissen angepasst werden (VUV Art. 3).

Wir erachten es daher als sinnvoll, bereits in der Planungsphase auf bauliche Massnahmen über die Arbeitssicherheit und die Unfallverhütung hinzuweisen.

Einzureichende Unterlagen:

Die Planunterlagen sind im Massstab 1:100 oder 1:200 an das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Postfach, 6301 Zug, einzureichen mit folgendem Inhalt:

1. Situationsplan, Massstab nicht kleiner als 1:1000.
2. Grundrisse sämtlicher Geschosse und Räume mit Angaben der Zweckbestimmung unter Einschluss von WC, Garderobe, Waschanlagen, Aufenthaltsräume etc. (bei Türen muss die Drehrichtung ersichtlich sein).
3. Zeichnung der Fassaden mit Fenstern und Türen.
4. Längs- und Querschnitte.
5. Bei Umbauten auch die Pläne der bisherigen Anordnung, falls diese aus den neuen Plänen nicht ersichtlich ist.
6. Beschreibung der Gebäulichkeiten, Einrichtungen und der Art der Nutzung / Produktion.